

MINUS 25 %

Politik-Einkommen kürzen!

Die Landesregierung verordnet uns ein Sparpaket, das auf gekürzten Sozialleistungen beruht. Bei sich selbst will die hohe Politik nicht sparen. Das zeigte eine Initiative der KPÖ im Landtag: Sie forderte wieder eine Kürzung der Polit-Gehälter um 30 Prozent. SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne lehnten das ab.

Der Landeshauptmann verdient in der Steiermark 15.504 Euro pro Monat, die Landesräte kommen auf 13.872 Euro, die 56 Abgeordneten rund 5.304 Euro pro Monat. Knapp 7 Mio. Euro zahlt das Land pro Jahr an Bruttogehältern. Entsprechend dem KPÖ-Antrag auf Verringerung könnte das Land mehr als 2 Mio. Euro pro Jahr sparen.

„Politiker sind durch ihre

hohen Bezüge von der Lebensrealität weit entfernt. Sie können die Folgen der Belastungen für Betroffene gar nicht abschätzen. Es muss bei Politbezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben“, fordert KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Keine Kürzung bei Parteienförderung

LABg. Werner Murgg (KPÖ deckte auf, dass die angekündigte Kürzung bei der Parteienförderung geschwindelt ist. Man hat nämlich am Ende des Wahljahres 2010 erhöhte Beträge ausbezahlt. Dadurch bekommen die Parteien auch nach der Kürzung nahezu gleichviel wie vorher.

REISE:

Zentralverband der Pensionisten

Baška, Insel Krk

13. bis 18. Juni 2011



6-Tages-Fahrt mit Halbpension

€ 295,- pP im Doppelzimmer

Anmeldungen unter

Tel. 0316/71 24 80

E-Mail: zentralverband@gmx.at

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
Landtagsabgeordnete
der steirischen KPÖ



Butterbrot und Kaviar

Ende April will die sogenannte „Reformpartnerschaft“ aus SPÖ und ÖVP dem Land ein Kürzungspaket verordnen, das viele Steirerinnen und Steirer in die Armut treibt und vor allem im Bereich der Pflege und Behindertenbetreuung tausende Arbeitsplätze vernichten wird. Trotzdem macht das Land 425 Mio. Euro neue Schulden. Das sichere die Zukunft unseres Bundeslandes, erklären Landeshauptmann Voves und sein „Partner“ Schützenhöfer.

Eltern von Kleinkindern, Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, Menschen in Pflegeheimen, Behinderte – sie alle hätten über ihre Verhältnisse gelebt, erklärt Finanzlandesrätin Bettina Vollath. Diese Menschen hätten „zu viel Butter am Brot“, und diese müsse nun wieder heruntergekratzt werden.

Dabei gibt es in unserem Bundesland tatsächlich Leute, die sehr viel Butter am Brot haben. Dazu zählen die Landespolitikerinnen und –politiker, die ihr Einkommen selbst festlegen können und dabei nur knapp unter der gesetzlichen Höchstgrenze bleiben: 16.000 Euro verdient der Landeshauptmann, nur geringfügig weniger sein Stellvertreter, und mit einem Einkommen von über 13.000 Euro können auch die übrigen Landesrätinnen und –räte noch eine Portion Kaviar auf die But-

ter legen. Als die KPÖ im März im Landtag den Antrag gestellt hat, diese Luxuseinkommen wenigstens um ein Drittel zu kürzen, stimmten alle anderen Parteien ohne Diskussion dagegen.

Ähnlich schamlos wird auch bei der Parteienförderung vorgegangen. Diese werde um 15 Prozent gekürzt, verkündete Landesrätin Vollath vor wenigen Tagen. Wenn man nachrechnet und mit dem letzten Budget vergleicht, kommen Einsparungen von nur zwei Prozent heraus. Wie das geht? Nach der Landtagswahl haben SPÖ und ÖVP einfach eine einmalige Sonderförderung ausgeschüttet, um den Grundbetrag künstlich zu erhöhen. Der fällt jetzt wieder weg, und schon sind wir bei Einsparungen um 15 Prozent.

Auch für „Repräsentationsausgaben“ scheint Geld in Hülle und Fülle vorhanden zu sein, einem KPÖ-Antrag auf Kürzung um ein Drittel konnten SPÖ und ÖVP nichts abgewinnen. FP-Landesregierer Kurzmann schaffte es sogar, nach seinem Amtsantritt in nur zwei Monaten 23.583 Euro für Brötchen und Sekt auszugeben. Kaum vorstellbar, dass bei solchen Summen bei der Butter gespart wurde.

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



**KPÖ – damit wir uns
das Leben wieder
leisten können**